



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 5/2007

**abgeschlossen am
5. Juni 2007**

	<u>Seite</u>
1. Senat berät Reform des Einwanderungsrechts	1
2. Demokraten unterliegen in Auseinandersetzung um die Irakpolitik	3
3. Budget-Resolution 2008 nimmt letzte Hürden	5
4. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Authorization</i> 2008	6
5. Wachsender Druck auf Justizminister Alberto Gonzales	7
6. Repräsentantenhaus verabschiedet Offenlegungspflicht für Lobbyisten	8
7. Hausausschuss für schärfere Sanktionen gegen Iran	9
8. Vorwahlen 2008: Republikanische Bewerber beginnen Debattenserie	10

1. Senat berät Reform des Einwanderungsrechts

Der Senat hat im Mai 2007 mit der Beratung einer Kompromissvorlage zur Reform des Einwanderungsrechts begonnen, die von der demokratischen Mehrheit und der republikanischen Administration unterstützt wird.

Der unter Federführung der Senatoren Edward M. Kennedy (D-Mass) und Jon Kyl (R-Ariz.) ausgearbeitete Gesetzgebungskompromiss besteht im Wesentlichen aus drei Komponenten:

- einer nachhaltigen Verschärfung der Grenzsicherung durch Aufstockung der Polizeikräfte und Ausbau von Grenzzaunanlagen,
- dem Angebot an Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung, ihre bestehenden Arbeitsverhältnisse durch ein neues Visaprogramm für zumindest 8 Jahre zu legalisieren und
- einem zusätzlichen Visaprogramm, unter dem 200.000 befristete Gastarbeitervisa pro Jahr erteilt werden sollen, die nach einer Rückkehr in das Heimatland erneuert werden können.

Darüber hinaus soll das bestehende Zuwanderungsrecht durch ein neues System ersetzt oder modifiziert werden, das die Priorität auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit guten Sprachkenntnissen setzt (*merit system*).

Während das Zuwanderungsrecht für unmittelbare Angehörige (Ehepartner, minderjährige Kinder) von US-Bürgern weiter bestehen bleiben soll, gilt dies nicht mehr für mittelbare Familienangehörige. An die Stelle der Familienzusammenführung tritt ein neues Punktesystem, das – bei 100 Punkten insgesamt – 75 Punkte für Ausbildung, 15 für Englisch-Kenntnisse und nur 10 für den Familienzusammenhang erteilt.

Ungeachtet der Unterstützung von Seiten der Führung der demokratischen Senatsmehrheit unter Harry Reid (Nev.) sowie der Bush-Administration gibt es in beiden Parteien eine Menge Kritik an der Vorlage.

Der von Präsident Bush wie den meisten Demokraten favorisierte Ansatz, eine Verschärfung der Grenzsicherung mit Legalisierungsoptionen für die schätzungsweise 12 Mio. Arbeitsmigranten ohne Aufenthaltserlaubnis mit einem zusätzlichen Gastarbeiterprogramm zu kombinieren, stößt vor allem bei konservativen Republikanern auf heftige Ablehnung (vgl. CR 7-8/2006, S. 7).

Viele republikanische Mitglieder des Congress, aufgerüttelt durch anhaltende Proteste der Parteibasis, sehen in der Legalisierung der Arbeitsverhältnisse der nicht aufenthaltsberechtigten Ausländer eine „Amnestie“, die den Rechtsbruch sanktioniere und Anreize für eine Ausweitung der illegalen Zuwanderung biete. Im Hintergrund mit-

schwingende Überfremdungsängste, die sich gegen die zumeist südamerikanischen Migranten richten, sind allerdings nicht zu übersehen.

Die im Gesetzgebungspaket enthaltenen Strafgebühren für Ausländer, die die Legalisierungsoption wahrnehmen, die Betonung englischer Sprachkenntnisse ebenso wie der erneute massive Ausbau der Grenzsicherung, sollten konservativen Vorbehalten entgegen kommen, befriedigten die Vertreter dieses Lagers jedoch kaum.

Von linken Demokraten wird der Kompromiss dagegen aufgrund seiner bestrafenden Elemente in Frage gestellt, insbesondere mit Blick auf die Einschränkung der Familienzusammenführung und die Militarisierung der Grenzen. Zudem befürchten linke, gewerkschaftsorientierte Demokraten zunehmenden Lohndruck aufgrund des stark wachsenden Arbeitsangebots.

Änderungsanträge der Senatoren Byron L. Dorgan (D-N.D.) und Barbara Boxer (D-Cal.), welche das zusätzliche Gastarbeitprogramm aus der Vorlage streichen bzw. auf fünf Jahre befristen wollten, scheiterten jedoch mit 64 gegen 31 Stimmen bzw. 49 gegen 48 Stimmen.

Ein Änderungsantrag von Senator John McCain (R-Ariz.), der Arbeitnehmer ohne Aufenthaltsberechtigung zur Nachzahlung der Steuern an Bund und Einzelstaaten verpflichtet, wurde dagegen in nicht-namentlicher Abstimmung angenommen.

Ungeachtet der in den bisherigen Beratungen und Abstimmungen demonstrierten Stärke der Koalition, die den Reformkompromiss trägt, ist eine Verabschiedung des Gesetzes keineswegs gesichert.

Präsident Bush hat in einer Rede die republikanischen Gegner der Reform scharf angegriffen und ihnen vorgehalten, sie würden irrationale Ängste schüren und die konkreten Bestimmungen der komplexen Gesetzesvorlage nicht genau kennen oder darstellen.

Gleichzeitig erwartet die Administration von der demokratischen Mehrheitsführung im Senat jedoch, dass sie das Gros der Senatoren für eine notwendige Mehrheit von 60 Stimmen mobilisiert, um ein drohendes *filibuster* überwinden zu können.

Zudem besteht die Gefahr, dass weitere Zugeständnisse an konservative wie liberale Kritiker zum Abbröckeln der bestehenden Koalition führen.

Das Repräsentantenhaus will die Beratung der Gesetzesvorlage im Juli dieses Jahres aufnehmen. Während die Mehrheitsbildung nach der Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses wesentlich einfacher ist, kann nicht erwartet werden, dass die Abgeordneten eine Vorlage des Senats einfach übernehmen.

2. Demokraten unterliegen in Auseinandersetzung um die Irakpolitik

Nach monatelangem Tauziehen zwischen Kapitol und Weißem Haus in der Irakpolitik (vgl. CR 1/2007, S. 1; CR 2/2007, S. 1) hat sich Präsident George W. Bush schließlich gegenüber den demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des 110. Congress in der Frage der Bewilligung eines Ergänzungshaushalts für die US-amerikanischen Truppen im Irak (*Supplemental Spending Bill for Fiscal Year 2007; House Resolution 2206*) durchsetzen können.

Nach dem Veto Bushs am 1. Mai 2007 gegen einen Zeitplan für den Truppenabzug bis 2008 verzichteten die demokratischen Mehrheitsführungen in beiden Kammern am 24. Mai 2007 schließlich auf ihre ursprüngliche Forderung. Das Repräsentantenhaus votierte mit 280:142, der Senat mit 80:14 Stimmen für einen Ergänzungshaushalt 2007 ohne konkrete Zeitvorgabe für einen Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Präsident Bush verlieh der Entscheidung einen Tag später am 25. Mai 2007 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft.

Die Demokraten hatten die Ergänzungsbewilligung in Höhe von 94,7 Mrd. USD für die laufenden militärischen Interventionen im Irak (und in Afghanistan) zunächst mit einem Truppenabzug bis 2008 verknüpft (vgl. CR 3-4/2007, S. 2). Sie fühlten sich dabei sowohl durch die Ergebnisse der *Midterm Elections* 2006 (vgl. CR 11-12/2007, S. 9) als auch durch die Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit ermutigt.

Aktuellen Meinungsumfragen zufolge befürworteten fast Zweidrittel der breiten Öffentlichkeit in den USA ein Votum des Congress für einen zügigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Einer exemplarischen Umfrage des *Pew Research Center for the People and the Press* von Ende März 2007 zufolge sind 59 Prozent der Befragten für ein Votum des Congress zugunsten eines vollständigen Abzugs der US-Truppen aus dem Irak bis zum August 2008, während 33 Prozent ein solches Vorgehen ablehnen. 8 Prozent gaben an keine Meinung zu diesem Problemkomplex zu haben. Unter den demokratischen Parteigängern ist der Wunsch nach einem zügigen Truppenabzug dabei besonders groß. Hier sprachen sich 77 Prozent der Befragten für einen Rückzug bis 2008 aus, während unter den Unabhängigen 61 Prozent für einen Truppenabzug sind. Unter den Parteigängern der republikanischen Partei unterstützten nur 34 Prozent ein Votum des Congress für einen Truppenabzug im Jahr 2008, während sich 59 Prozent dagegen aussprachen (sieben Prozent gaben an keine Meinung zu haben).

Präsident Bush lehnt einen Zeitplan für den Rückzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak bisher kategorisch ab und belegte den Rückzugsplan der Demokraten im Rahmen der *Supplemental Spending Bill for Fiscal Year 2007* mit seinem Veto, das der Congress nur mit Zweidrittel-Mehrheiten in beiden Kammern hätte überstimmen können, wovon die Demokraten jedoch meilenweit entfernt waren. Ein Versuch, das Veto des Präsidenten zu überstimmen, scheiterte am 2. Mai 2007 im Repräsentantenhaus mit 222:203 Stimmen, blieb also weit unter der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit.

Bush begründete sein Veto damit, dass

- die Demokraten „ein willkürliches Datum“ für den Abzug der US-amerikanischen Truppen zu setzen suchten;
- mit der Entscheidung ein inakzeptables „Mikromanagement“ der Arbeit der Kommandeure vor Ort verbunden sei;
- die Entscheidung „verfassungswidrig“ sei, weil sie den Vollmachten des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zuwider laufe.

Mit einem „überstürzten Abzug“, so Bush, würde die Befriedung der Region nicht befördert. Vielmehr würde ein „mandatory withdrawal“ die Feinde der USA stärken und zum „Chaos im Irak und in der Region“ führen.

Die Demokraten versuchten ihre politische Niederlage herunterzuspielen und kündigten an, dass sie im Rahmen der Bewilligung des regulären Haushalts für das Jahr 2008, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2008 beginnt, neuerliche Anstrengungen zur Verabschiedung eines Zeitplans für einen Truppenrückzug unternehmen wollen. „Die Demokraten“, so der *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, Steny Hoyer (D-Md.), „werden fortfahren darauf zu bestehen, dass die Administration und die irakische Führung in den kommenden Wochen für den Fortschritt im Irak rechenschaftspflichtig gemacht werden.“ Gemeint sind zunächst die im Rahmen der umstrittenen *Supplemental Appropriations Bill* beschlossenen *benchmarks* und *progress reports*, die den Präsidenten in den nächsten Monaten darauf verpflichten gegenüber dem Congress schriftlich Rechenschaft über die erzielten Fortschritte im Irak abzulegen.

Die Kontroverse über die Irakpolitik dürfte aber auch im Rahmen der Diskussion über den Verteidigungshaushalt 2008 fortgesetzt werden, über den der Congress sowohl der Sache (*Defense Authorization*) als auch der Höhe nach (*Defense Appropriation*) in den kommenden Monaten zu entscheiden hat. So kündigte der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, Robert C. Byrd (D-W.Va.), einer der schärfsten Kritiker der Irakpolitik des Präsidenten, an, dass die „Debatte gerade erst begonnen hat.“

Präsident Bush hat im Rahmen der Budgetbewilligung für das kommende Haushaltsjahr 2008 141 Mrd. USD für die Kriegskosten im Irak und in Afghanistan vom Congress angefordert, wobei Kritiker darauf verwiesen haben, dass mit einem zusätzlichen Ergänzungshaushalt in diesem Bereich in Höhe von etwa 140 Mrd. USD für 2008 zu rechnen ist.

Die Demokraten stehen in diesem Zusammenhang vor dem Problem, dass sie ihre Wählerbasis, die für einen zeitnahen Abzug der US-Truppen aus dem Irak ist, politisch nicht enttäuschen dürfen. Andererseits dürfen sie aber auch nicht den Eindruck entstehen lassen, dass sie bereit sind, der kämpfenden Truppe mit ihren Abzugsplänen sozusagen in den Rücken zu fallen.

Entsprechend haben die Demokraten nach der politischen Niederlage im Rahmen des Ergänzungshaushalts 2007 unterstrichen, dass sie einerseits bereit sind, den Druck auf die Administration in der Irakpolitik zu erhöhen. Andererseits sind sie nicht müde geworden zu betonen, dass allen Beobachtern klar sein muss, dass der Irakkrieg nicht sofort beendet werden kann, weil es eben auch der Unterstützung der Republikaner bedarf, um zu Abstimmungsergebnissen zu gelangen, die von Bush nicht mit seinem Veto zu Fall gebracht werden können. Allerdings stimmten nur zwei Republikaner und 220 Demokraten Anfang Mai 2007 im Repräsentantenhaus dafür, das Veto Präsident Bushs gegen den Ergänzungshaushalt 2007 zu überstimmen, während 196 Republikaner und 7 Demokraten mit dem Präsidenten votierten.

3. Budget-Resolution 2008 nimmt letzte Hürde

Repräsentantenhaus und Senat haben am 17. Mai 2007 dem Verhandlungsergebnis des Vermittlungsausschusses zur Budget Resolution 2008 (*Senate Concurrent Resolution 21; House Report 110-153*) zugestimmt (vgl. CR 3-4/2007, S. 4). Im Repräsentantenhaus votierten 214 Demokraten für die Vorlage des Vermittlungsausschusses zur *Fiscal Year 2008 Budget Resolution 2008*, während 196 Republikaner sowie 13 Demokraten dagegen stimmten. Der Senat sprach sich mit 52:40 Stimmen für die Annahme der Vorlage aus, wobei 48 Demokraten, zwei Unabhängige und zwei Republikanerinnen (Susan Collins und Olympia Snowe, beide aus Maine) für, aber 40 weitere Republikaner gegen die Budget-Resolution 2008 stimmten.

Mit der Budget-Resolution steckt der Congress den groben Finanzrahmen für die Arbeit der jeweils 12 Bewilligungsausschüsse in beiden Kammern ab. Für 2008 hat dieser Finanzrahmen einen Umfang von fast drei Billionen USD, wobei im Grunde nur das Ausgabenvolumen im Bereich des *discretionary spending*, also jener Aufwendungen, über die der Congress im Gegensatz zum *mandatory spending* frei entscheiden kann, politische Gestaltungsräume zulässt.

In diesem Bereich wollen die Demokraten 954 Mrd. USD ausgeben, 23 Mrd. mehr als Präsident Bush in seiner Haushaltsvorlage für das so genannte „discretionary spending“ vorgeschlagen hat, was insgesamt etwa 2 Prozent des zur Disposition stehenden Haushaltsvolumens für das Jahr 2008 ausmacht.

Die Entscheidung, so *Majority Leader* Steny Hoyer (D-Md.) im Repräsentantenhaus, reflektiert die „wichtigsten Bedürfnisse der Nation im Hinblick auf nationale Sicherheit, Erziehung, Gesundheitsfürsorge und die Umwelt“ und stellt nach Einschätzung der Demokraten eine 180-Grad-Wende gegenüber der „unverantwortlichen Haushaltspolitik“ der Republikaner dar.

Die Republikaner wiederum werfen den Demokraten eine fehlgeleitete Ausgabenpolitik vor und kritisierten den für das kommende Haushaltsjahr abgesteckten groben Finanzrahmen als die „zweitgrößte Steuererhöhung in der US-amerikanischen Geschichte“.

Der Direktor des *Office of Management and Budget* (OMB), des Haushaltsbüros im Weißen Haus, Robert Portman, ging noch einen Schritt weiter und kündigte an, dass er dem Präsidenten ein Veto gegen Bewilligungsentscheidungen des Congress vorschlagen wolle, die über die Ausgabenforderungen Bushs hinausgingen. „Tax and spend“, so der OMB-Chef, sei kein Weg um den Bundeshaushalt auszugleichen.

Die Demokraten wiederum hielten dem entgegen, dass ihre Fünfjahresplanung zur Budgetentwicklung des Bundes von einem Haushaltsüberschuss von 41 Mrd. USD im Jahr 2012 ausgeht. Allerdings rechnen auch die Demokraten im Haushaltsjahr 2008, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2007 beginnt und am 20. September 2008 endet, mit einem Defizit im Bundeshaushalt von 252 Mrd. USD und gehen für die kommenden fünf Jahre von einer kumulierten Defizitsumme von insgesamt 739 Mrd. USD aus.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Authorization 2008*

Das Repräsentantenhaus hat am 17. Mai 2007 mit 397:27 Stimmen seine Vorlage zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2008 (*Defense Authorization*) beschlossen. Im Rahmen des jährlichen Budgetprozesses entscheidet der Congress zunächst über den groben Finanzrahmen (vgl. Punkt 3), bevor er anschließend zum einen der Sache („Authorization“) und zum anderen der Höhe nach („Appropriation“) über die Mittelansätze des Bundeshaushalts beschließt.

Die so genannte *Defense Authorization 2008* des Repräsentantenhauses, die der Sache nach über alle verteidigungsrelevanten Budgetposten entscheidet,

- hat einen Gesamtumfang von 648 Mrd. USD, wovon 141 Mrd. zur Deckung der Kosten der Militäroperationen im Irak und in Afghanistan eingesetzt werden sollen.

Der Militärhaushalt liegt abzüglich dieser Summe von 141 Mrd. USD, die allerdings bei weitem nicht ausreicht und einen weiteren Ergänzungshaushalt im Haushaltsjahr 2008 notwendig machen dürfte, bei 507 Mrd. USD.

Für die Raketenabwehr sollen nach Maßgabe des Repräsentantenhauses 8,13 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden; 760 Mio. USD weniger als von der Administration ursprünglich verlangt.

Kürzungen soll es neben den Ausgaben für die so genannte *Missile Defense Agency* auch im Bereich des *Future Combat Systems* und des so genannten *Reliable Replacement Warhead Program* geben. Dagegen sieht die Vorlage des Repräsentantenhauses zum Teil deutliche Ausgabensteigerungen bei Programmen wie *Mine Resistant Ambush Protected Vehicles* oder den so genannten *Stryker Combat Vehicles* vor.

Besonders kontrovers wurde ein Zusatz diskutiert, der das Verteidigungsministerium erstmals darauf verpflichten würde einen Bericht zu den weiteren Internierungsplänen im Gefangenenlager Guantanamo vorzulegen, das seit Jahren in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen steht. Das Pentagon soll in diesem Zusammenhang auch darauf verpflichtet werden darüber Auskunft zu geben, was mit jenen 82 Inhaftierten geschehen soll, die in der kommenden Zeit entlassen werden sollen.

Die Administration hat gegen diesen Zusatz ihr Veto angedroht, weil damit ein „micromanagement“ der Internierungspolitik von so genannten *enemy combatants* im „war on terror“ verbunden sei (vgl. auch CR 2/2007, S. 7).

5. Wachsender Druck auf Justizminister Alberto Gonzales

Das bekannt werden neuer Informationen zur Affäre um die Entlassung von 8 Bundesstaatsanwälten in verschiedenen Einzelstaaten nach den Präsidentschaftswahlen 2004 im Zuge von Anhörungen vor dem Justizausschuss des Senats hat den Rücktrittsdruck auf Justizminister Alberto R. Gonzales im Mai 2007 deutlich wachsen lassen.

James B. Comey, der frühere *Deputy Attorney General*, schilderte dem Justizausschuss zunächst Vorgänge um die Durchsetzung eines geheimen Abhörprogramms durch die *National Security Agency* (NSA) 2004, gegen die der damalige Justizminister John Ashcroft grundsätzliche Bedenken angemeldet hatte.

Gonzales, zu diesem Zeitpunkt noch der Rechtsberater des Präsidenten (*White House Counsel*), besuchte zusammen mit dem Leiter des Stabes des Präsidenten, Andrew H. Card, Jr., Ashcroft nach Comeys Darstellungen im Krankenhaus unmittelbar nach einer ersten Operation, um ihn zu einer Unterzeichnung des Abhörprogramms zu drängen.

Er tat dies, obwohl Ashcrofts Stellvertreter Comey, der für die Dauer des Krankenhausaufenthalts seines Chefs die Führung des Justizministeriums übernommen hatte, Gonzales und Ashcroft deutlich die Position des Ministeriums dargelegt hatte.

Ashcroft wehrte ungeachtet seines angeschlagenen Zustandes das Ansinnen Cards und Gonzales ab. Der Vorgang hatte gleichwohl Symbolkraft, insofern er den Verdacht vieler Kritiker zu bestätigen scheint, dass Gonzales sich primär als Vertreter der politischen Interessen des Präsidenten versteht und nicht als ein dem Recht und der Verfassung verpflichteter öffentlicher Amtsträger.

Kaum weniger schädlich war der Auftritt von Monica M. Goodling, *White House Liaison Officer* im Justizministerium. Obwohl Goodling Vermutungen widersprach, das Weiße Haus, namentlich der politische Chefstrategie des Präsidenten, Karl Rove, habe direkten Einfluss auf die Entlassung der 8 Bundesstaatsanwälte genommen, unterminierten ihre Ausführungen die Position Gonzales dennoch.

Zum einen bekannte Goodling, die vom Justizausschuss für ihre Aussage rechtliche Immunität zugesichert bekam, dass sie entgegen klaren Bestimmungen des öffentlichen Dienstrechts politische Gesichtspunkte bei der Einstellung und Beförderung von Staatsanwälten in Betracht gezogen hat.

Zum anderen widersprach sie den Ausführungen von Gonzales, dieser habe seine Aussage vor dem Justizausschuss nicht mit den Mitarbeitern des Justizministeriums abgesprochen.

Die Einlassungen haben der Glaubwürdigkeit des Justizministers erheblichen Schaden zugefügt und die Schar der republikanischen Kritiker weiter wachsen lassen.

Die Demokraten im Senat wollen nun im Juni eine Misstrauenserklärung gegen Justizminister Gonzales zur Abstimmung bringen. Eine solche Resolution hat keine rechtlich bindende Wirkung, doch ein Verbleib des Ministers im Amt ist kaum vorstellbar, wenn sich eine nennenswerte Zahl von republikanischen Senatoren der Misstrauenserklärung anschließt.

Präsident Bush bezeichnete die angesetzte Abstimmung als „politisches Theater“ der Demokraten und bekräftigte sein volles Vertrauen in seinen persönlichen Freund Alberto Gonzales. Die abbröckelnde Unterstützung für Gonzales in den republikanischen Fraktionen des Congress lassen den Justizminister jedoch zunehmend als Belastung für Bush erscheinen.

6. Repräsentantenhaus verabschiedet Offenlegungspflicht für Lobbyisten

Das Repräsentantenhaus hat am 24. Mai 2007 mit überwältigender Mehrheit eine Vorlage verabschiedet, die neue Offenlegungspflichten für Lobbyisten vorsieht.

Die von der demokratischen Führung des Repräsentantenhauses unter *Speaker* Nanci Pelosi (Cal.) unterstützte Gesetzesvorlage ist Teil der im Wahlkampf 2006 in Aussicht gestellten Reformagenda der Partei, die auf die Serie von Korruptionsskandalen und Affären um Mitglieder des Congress in den letzten Jahren reagiert (vgl. CR 1/2007, S. 5).

Der Gesetzesentwurf sieht im Einzelnen vor, dass

- Lobbyisten vierteljährlich elektronisch gespeicherte Berichte über ihre Aktivitäten, Einnahmen und Spenden vorlegen müssen, die in einer Datenbank öffentlich zugänglich sein sollen,
- die Bündelung von Spenden verschiedener Geldgeber an einzelne Empfänger offen gelegt werden muss,

- die Geld- und Gefängnisstrafen für entsprechende Vergehen drastisch verschärft werden und
- Mitglieder des Congress Verhandlungen über Arbeitsverhältnisse mit privaten Unternehmen und Organisationen dem Ethik-Ausschuss zu melden haben.

Die Mehrheit von 396 gegen 22 Stimmen kam allerdings erst nach intensivem Tauziehen hinter den Kulissen und weitgehenden Zugeständnissen der Mehrheitsführung zu Stande.

Vor allem wurde die Ausweitung der Sperrfrist für eine Lobbytätigkeit ehemaliger Mitglieder des Congress und deren Mitarbeiter von ein auf zwei Jahre wieder aus dem Gesetzentwurf heraus genommen.

Darüber hinaus wurde ein Verbot der Finanzierung von Partys durch Lobbyisten im Kontext von Parteiveranstaltungen mit großer Mehrheit verworfen.

Entsprechend ernüchtert äußerten sich *Watchdog*-Organisationen wie *Common Cause* und *Public Citizen* zu dem Gesetzesentwurf. *Speaker* Pelosi hielt jedoch daran fest, dass die beschlossenen Offenlegungspflichten ein zentrales Wahlkampfversprechen der Demokraten einlösten.

Offen ist allerdings, wie sich die Verhandlungen zwischen Senat und Repräsentantenhaus über ein Reformpaket gestalten werden. Zum einen hat der Senat striktere Auflagen beschlossen, zum anderen wird die Vorlage des Repräsentantenhauses in ein größeres Reformpaket eingebunden, über das als Ganzes abgestimmt wird. Kaum zu bestreiten ist allerdings, dass der Reformeifer der neuen demokratischen Mehrheit sichtlich abgeklungen ist.

7. Hausausschuss für schärfere Sanktionen gegen Iran

Im Repräsentantenhaus hat sich das *Committee on Financial Services* am 23. Mai 2007 für schärfere Sanktionen gegen den Iran ausgesprochen. Im Rahmen des vom Vorsitzenden des Ausschusses Barney Frank (D-Mass.) angeregten *Iran Sanctions Enabling Act (House Resolution 2347)*

- sollen in- und ausländische Investitionen in den Energiesektor des Iran mit einem Umfang von mehr als 20 Mio. USD in Verbindung mit dem Energieministerium, dem Außenministerium und der *Securities and Exchange Commission* in einem Register veröffentlicht und beendet werden.

Der Ausschuss verweist in der Gesetzesinitiative auf die Resolutionen 1737 und 1747 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und das Problem der fortgesetzten Urananreicherung durch den Iran.

Das *Committee on Financial Services* unterstreicht die „gefährlichen, destabilisierenden Aktivitäten“ des Iran und nennt in diesem Zusammenhang „das nukleare Waffenprogramm und die Unterstützung des Terrorismus“ (Abschnitt 2, 6). Es unterstreicht die Bedeutung finanzieller Sanktionsmaßnahmen als „stärkstes nicht-militärisches Instrument“ des Einwirkens auf die iranische Staatsführung.

Durch ein weiter verschärftes Sanktionsregime soll der Iran zum Einlenken im Atomstreit veranlasst werden, wobei sich auch die demokratische Mehrheitsführung im Repräsentantenhaus darüber im Klaren ist, dass innerhalb der Bush-Administration ein heftiger Streit über den Umgang mit dem iranischen Urananreicherungsprogramm entbrannt ist.

Während Außenministerin Condoleezza Rice auf die Diplomatie zu setzen scheint (siehe auch die Ausführungen von Nicholas Burns vom 29. März 2007 unter <http://foreign.senate.gov/testimony/2007/BurnsTestimony070329.pdf>), wofür auch die ersten direkten amerikanisch-iranischen diplomatischen Gespräche seit der iranischen Revolution stehen, hat Vizepräsident Richard Cheney erst vor wenigen Wochen noch einmal betont, dass aus Sicht des Präsidenten „alle Optionen auf dem Tisch sind“ – eine kaum verhüllte Drohung, dass in der Administration ernsthaft über militärische Optionen im Konflikt mit dem Iran nachgedacht wird.

Folgt man den Überlegungen von Scott Ritter, dem früheren Waffeninspektor im Irak und dessen Buch „Target Iran: The Truth About the White House’s Plans for A Regime Change“ (2006), dann ist das nicht nur eine deklaratorisch geäußerte und von der Administration diskutierte Option.

Der demokratisch kontrollierte Congress steht mit Blick auf seine verfassungsmäßigen Rechte zur Kriegserklärung vor dem Problem der Mitsprache und Kontrolle, wobei die Mehrheit der Mitglieder der demokratischen Fraktionen verschärfte Sanktionen und diplomatische Lösungen favorisiert.

8. Vorwahlen 2008: Republikanische Bewerber beginnen Debattenserie

Die Bewerber um die republikanische Präsidentschaftsnominierung 2008 haben Anfang Mai 2007 ihre erste Debattenrunde in Kalifornien abgehalten.

Wie in der ersten Debatte des demokratischen Bewerberfelds (vgl. CR 3-4/2007, S. 11) dominierte das Thema Irak die Veranstaltung, doch überraschender Weise überboten sich die Republikaner mit harten Positionen in der Frage eines weiteren militärischen Engagements der USA.

An der Debatte unter Leitung von Chris Matthews (MSNBC), John Harris (Politico.com) und Jim Vandehei (politico.com) in Simi Valley (Cal.) nahmen die Senatoren

Sam Brownback (Kan.) und John McCain (Ariz.), die früheren Gouverneure James Gilmore (Va.), Mike Huckabee (Ark.), Mitt Romney (Mass.) und Tommy Thompson (Wis.) sowie die Abgeordneten Duncan Hunter (Cal.), Ron Paul (Tx.) und Tom Tancredo (Col.) sowie der frühere Bürgermeister New Yorks, Rudolph Guliani, teil.

Mit der Ausnahme des Abgeordneten Ron Paul, einem frühen Gegner des Irakkrieges, bekräftigten alle Teilnehmer ihre Unterstützung für die aktuelle Politik der Administration und hielten daran fest, dass es zu einem Erfolg im Irak, und damit einem fortgesetzten militärischen Engagements, keine Alternative gebe.

Abgesehen von taktischen Nuancen und der Kritik an früheren Fehleinschätzungen und dem Missmanagement des Krieges durch die Administration bieten die republikanischen Bewerber keine neuen Optionen für eine Bewältigung des Problems mit dem Krisenherd Irak.

Während dies mit Blick auf die aktuelle Stimmungslage der republikanischen Partebasis, die bisher mit deutlichen Mehrheiten den Kurs der Administration unterstützt, noch verständlich erscheinen mag, gehen die Kandidaten in Hinsicht auf die Wähler der politischen Mitte mit ihren Festlegungen erhebliche Risiken ein.

Mutiger verhielten sich zumindest einzelne Kandidaten in Fragen der für Religiös-konservative zentralen sozialmoralischen Themen (*social issues*) wie dem Abtreibungsrecht, der Homosexualität oder der Rolle der Religion im öffentlichen Raum.

Insbesondere Rudolph Guliani führte aus, dass die Entscheidung über eine Verfassungsgarantie zur Abtreibung die Sache von Richtern sei und dass er eine Entscheidung in jede Richtung akzeptieren könne, ungeachtet seiner persönlichen Ablehnung von Abtreibungen.

In ähnlicher Weise versuchte sich John McCain vom Feld der Konkurrenten abzuheben, in dem er sein Zugehen auf die politische Mitte des Landes signalisierte, wenngleich er seine Ablehnung des Abtreibungsrechts bekräftigte.

Der Zuschnitt der Veranstaltung bot allerdings, wie schon die erste demokratische Debatte, angesichts der knappen Zeit und der großen Zahl der Teilnehmer, kaum Gelegenheit sich gegenüber den Konkurrenten zu profilieren.

Ungeachtet des vielfach beschworenen Geistes von Ronald Reagans optimistischem Konservatismus und der soliden Leistungen der Kandidaten kennzeichnete der Eindruck des Mittelmaßes den Auftakt der republikanischen Debattenserie.

Das Fehlen eines überzeugenden republikanischen Kandidaten, der wie Ronald Reagan die konservative Seele der Partebasis klar anspricht (vgl. CR 2/2007, S. 10), hat erneut Spekulationen um den Quereinstieg weiterer Bewerber genährt.

Der frühere *Speaker* Newt Gingrich (Ga.) hat im Zuge einer Werbetour für ein jüngst

veröffentlichtes Buch angekündigt, er werde sich in der zweiten Jahreshälfte entscheiden, ob er in den republikanischen Vorwahlen antritt.

Wichtiger aber noch sind die sichtlichen Vorbereitungen des früheren Schauspielers und Senators Fred D. Thompson (Tenn.) auf einen Einstieg in den Vorwahlkampf. Neben Redeauftritten und Veranstaltungen zur Spendeneinwerbung hat Thompson die Unterlagen für die Zulassung als Bewerber eingereicht. Während Thompson in bisherigen Umfragen nur zwischen 10 bis 20 Prozent Unterstützung aufweisen kann, wird dem versierten und populären Redner und Wahlkämpfer zumindest zugetraut, das bisherige Kandidatenfeld gründlich aufzuwirbeln.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report